

**XX. COSAC**  
**vom 31. Mai bis 1. Juni 1999**  
**in Berlin**

**Schlußfolgerungen des Vorsitzes**

1. Die Teilnehmer der COSAC haben im Rahmen einer engagierten und fruchtbaren Diskussion die Notwendigkeit institutioneller Reformen mit dem Ziel, die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Organe der Europäischen Union zu verbessern, ihre demokratische Legitimation zu stärken und die Transparenz der Entscheidungsprozesse zu erhöhen, bekräftigt.
2. Um den Erweiterungsprozeß nicht zu verzögern, sollen die Reformen thematisch auf die sogenannten Left-overs von Amsterdam beschränkt werden: Größe und Zusammensetzung der Kommission, Stimmengewichtung im Rat und Ausdehnung der Mehrheitsentscheidungen. Ein Großteil der Mitgliedstaaten wünscht dabei mindestens einen Vertreter in die Kommission zu entsenden. Bei der Stimmengewichtung im Rat wird zwischen den Interessen der großen und dem Schutz der kleinen Mitgliedstaaten abzuwägen sein. Mehrheitsentscheidungen im Rat sollen zur Regel werden, Einstimmigkeit nur noch für konstitutionelle Änderungen und besonders sensible Politikfelder beibehalten werden. Darüber hinaus soll die Erarbeitung einer Charta der Grundrechte und die Weiterentwicklung der zweiten und dritten Säule in Angriff genommen werden. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente sollen stärker als in der Vergangenheit am Reformprozeß beteiligt werden. Auch der COSAC kommt dabei eine wichtige Rolle zu.
3. Die Handelsmacht EU sieht sich durch die Globalisierung vor neue Herausforderungen gestellt. Die Delegierten der COSAC wiesen in ihren Beiträgen darauf hin, daß mit Blick auf die beginnende WTO-Runde in den USA der handelspolitische Dialog – insbesondere mit Lateinamerika und den AKP-Staaten - intensiviert werden müsse. Die Fragen, die in diesem Rahmen für eine Regelung anstehen, betreffen die Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs, den Schutz des geistigen Eigentums, Verbraucherschutzfragen sowie den gesamten Bereich der Agrarprodukte.

4. Die Diskussion ergab weite Übereinstimmung darüber, daß die wirtschaftliche Großmacht EU auch politisch immer stärker als einheitlich handelnder Akteur auf der internationalen Bühne gefordert wird. Der Kosovo-Konflikt habe die bestehenden Handlungsdefizite der EU in beklagenswerter Weise offengelegt. Es gelte nun, die Instrumente und Handlungsoptionen des Amsterdamer Vertrages entschlossen zu nutzen, die gemeinsamen Anstrengungen der Mitgliedstaaten besser zu koordinieren und neue Strukturen zu schaffen. Insbesondere an die Eingliederung der WEU in die EU, die bevorstehende Ernennung des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie an die mit allen notwendigen Ressourcen auszustattende Strategie- und Frühwarnereinheit im Ratssekretariat werden hohe Erwartungen gesetzt. Auf den vorhandenen Sachverstand und die Ressourcen der Europäischen Kommission müßte zurückgegriffen werden.
5. Die Teilnehmer der COSAC bekräftigen, daß es in Europa keine geteilte Sicherheit gibt. Das Europa der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sei eine Zone dauerhaften Friedens. Vor dem Hintergrund des Konfliktes um den Kosovo werde daher umso deutlicher, daß die Erweiterung der EU auch dem Frieden und Stabilität in dieser Region diene. Am Ende der Heranführung der Länder Südosteuropas im Rahmen eines langfristig angelegten Stabilitätspakt müsse eine konkrete Beitrittsperspektive stehen. Insbesondere Polen und Ungarn mahnten in diesem Zusammenhang an, bald ein konkretes Datum für die Beitrittskandidaten zu nennen.
6. Die Erweiterung macht die Bewältigung der institutionellen Reformen der EU umso dringlicher. Mit dem Stabilitätspakt für Südosteuropa soll ein Europa der Integration und der Herrschaft des Rechts einem atavistischen, aggressiven Nationalismus als Antithese gegenübergestellt werden.
7. Die Ergebnisse des Berliner Agenda 2000-Gipfels werden als tragfähiger Kompromiß gewürdigt; damit sei die Union in den entscheidenden Politikbereichen für die Erweiterungsfähigkeit gerüstet.
8. Die Arbeiten der von einem Umfeld großer innerer und äußerer Probleme geprägten deutschen Ratspräsidentschaft werden positiv gewürdigt. Mit der auf dem Berliner Agenda 2000-Gipfel beschlossenen Strukturmittelreform wurde ein erster Beitrag für den

Abbau der Arbeitslosigkeit geleistet; eine wirksam koordinierte Beschäftigungspolitik bleibt als wichtige Aufgabe für die Zukunft.

9. Die Teilnehmer beschlossen die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die bei der COSAC im Oktober 1999 unter finnischer Präsidentschaft einen Entwurf für eine revidierte Geschäftsordnung der COSAC erarbeiten soll.
  
10. In einem Aufruf zur Wahl zum Europäischen Parlament forderten die Mitglieder COSAC alle Wähler in der Europäischen Union auf, sich an der fünften Direktwahl zum Europäischen Parlament in der Zeit vom 10. bis 13. Juni 1999 zu beteiligen.